

S1NEU Platz da, eine Stadt für alle!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Schwerpunkt (Stadtentwicklungspolitik)

1 Bayerische Städte wachsen. Diese Tatsache stellt die in den Städten lebenden
2 Menschen, aber auch die Gesamtgesellschaft, vor große Herausforderungen. Eine
3 Stadtentwicklungspolitik, die gleichzeitig Rücksicht auf Umwelt- und Klimaschutz
4 und auf die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen nimmt, ist notwendig. Platz da,
5 wir fordern eine Stadt für alle!

6 Stadtentwicklung, mit den Menschen!

7 Wir möchten, dass sich Menschen in ihrer Kommune engagieren können. Für die
8 Entwicklung der Stadtgesellschaft ist es essentiell, dass die Menschen bei
9 wichtigen Weichenstellungen mitentscheiden dürfen. Die Beteiligungskultur in den
10 Städten muss deswegen auf allen Ebenen ausgebaut werden, indem die Menschen
11 dauerhaft mit einbezogen werden und ihre Mitverantwortung ausgebaut wird. Durch
12 unterschiedliche Beteiligungsformen muss versucht werden, ein möglichst breites
13 Spektrum der Bevölkerung zu erreichen.

14 Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, Verantwortung für die
15 Stadtentwicklung zu übernehmen und sich konstruktiv an Zukunftsprozessen zu
16 beteiligen. Die Möglichkeiten zur Beteiligung sind vielfältig. Regelmäßige
17 Stadtteilversammlungen verbessern den Austausch zwischen Bevölkerung,
18 Stadtpolitik und Verwaltung. Mit Bürger*innengutachten, Planungs-Workshops und
19 allgemein der frühzeitigen Information und Einbindung der Anwohner*innen können
20 Bauprojekte von Anfang an so geplant werden, dass möglichst viele damit
21 einverstanden sind. Das spart Zeit und erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung.
22 Ein einfaches Durchwinken von Bauprojekten darf es in Zukunft nicht mehr geben!
23 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen eine zwingende Bürger*innen-Beteiligung
24 bei allen Neubauprojekten der öffentlichen Hand sowie bei allen privaten
25 Bauprojekten, die gestaltenden Einfluss auf das Stadtbild haben.

26 Auch bei anderen richtungsweisenden Entscheidungen müssen die Bürger*innen ein
27 Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht bekommen. Letzteres kann zum Beispiel über
28 Ratsbegehren funktionieren. Um bei solchen Entscheiden eine möglichst hohe
29 Wahlbeteiligung zu erzielen, spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern dafür aus, bei
30 Rats- und Bürger*innenentscheiden allen Wahlberechtigten ihre
31 Briefwahlunterlagen direkt zuzustellen.

32 Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich dafür ein, dass in allen Städten und
33 Gemeinden Informationsfreiheitsatzungen beschlossen,
34 Onlineratsinformationssysteme etabliert und öffentliche Stad- und
35 Gemeinderatssitzungen live übertragen werden. Darüber hinaus muss die Bayerische
36 Gemeindeordnung dahingehend geändert werden, dass eine Live-Übertragung aller
37 kommunalen Mandatsträger*innen ohne deren Einverständniserklärung zum Standard
38 wird. So wird Stadtpolitik transparent und Mitsprache angeregt.

39 Wer Stadt sagt, muss auch Wohnung sagen!

40 Steigende Mieten sind in der ganzen Republik ein großes Problem. Auch bayerische
41 Städte wie zum Beispiel München und Würzburg sind betroffen. In der
42 Landeshauptstadt sind die Mieten seit 2012 im Schnitt um 21% gestiegen, in

43 Würzburg sogar um 22%. Die bayerische Staatsregierung hat es in den letzten
44 Jahren versäumt, Geld in bezahlbaren Wohnraum zu investieren und stattdessen die
45 staatliche Wohnungsbaugesellschaft GBW mit 33.000 Wohnungen verkauft, was die
46 Situation weiter verschlechtert hat.

47
48 Leider wird Wohnraum in Bayern zurzeit oft so geschaffen, dass an
49 Siedlungsrändern und auf der grünen Wiese Wohngebiete für Einfamilienhäuser
50 geschaffen werden, obwohl innerorts oft Bauplätze frei sind. Damit steigt der
51 Flächenverbrauch in Bayern massiv und wichtige landwirtschaftliche Flächen und
52 Naturräume gehen verloren. Deshalb setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für die
53 Nachverdichtung auf ökologisch-unsensiblen und innerstädtischen Flächen ein.

54 Steigende Mieten sind insbesondere für junge und arme Menschen ein Problem.
55 Jugend und Armut wird aus den Stadtzentren an den Rand gedrängt. Die Teilhabe am
56 sozialen Leben in den Innenstädten wird so erschwert und die Diversität der
57 Stadtzentren sinkt. Stadt muss bezahlbar bleiben, deshalb ist eine wirksame
58 Durchsetzung der Mietpreisbremse notwendig.

59 Es ist nicht hinnehmbar, dass selbst in größeren Städten noch immer keine
60 Mietspiegel existieren. Mietspiegel schützen Mieter*innen und können überzogene
61 Mieterhöhungen verhindern. Wir fordern deswegen den rechtlichen Rahmen dafür zu
62 schaffen, dass alle Städte mit mehr als 20.000 Einwohner*innen einen Mietspiegel
63 einführen müssen.

64
65 Außerdem fordern wir den Freistaat Bayern auf seinen Kommunen ein Online-Tool
66 bereitzustellen, mit welchem sich die Einwohner*innen barrierefrei und einfach
67 die ortsübliche Vergleichsmiete anzeigen lassen können.

68 Das Angebot an barrierefreiem Wohnraum auf der einen Seite und Wohnraum für
69 Menschen, die in Armut leben müssen sowie Wohnraum für Auszubildende,
70 Studierende und Schüler*innen auf der anderen Seite muss deutlich ausgebaut
71 werden. Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum ist eine wichtige Investition in
72 die Zukunft, von der junge Menschen genauso wie Rentner*innen profitieren.

73 Bayern braucht dringend mehr Miet- und Studierendenwohnungen, sowie energetische
74 Modernisierungsmaßnahmen und barrierefreien Umbau zahlreicher Wohnungen. Deshalb
75 muss der soziale Wohnungsbau in allen Lagen mit einer Milliarde Euro jährlich
76 durch den Freistaat gefördert werden.

77 Vorfahrt für Menschen, nicht für Autos!

78 Bayerische Städte, insbesondere München, gehören zu den dreckigsten Städten der
79 Republik. Dafür sind vor allem Autoabgase verantwortlich. Die Grenzwerte für
80 Stickoxide und Feinstaub werden immer wieder weit überschritten. Die
81 Schadstoffbelastung führt zu Erkrankungen der Atemwege und des Herz-
82 Kreislaufsystems, im schlimmsten Fall sogar zu Krebs.

83 Unser Ziel ist der schnellstmögliche Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor. Es
84 reicht jedoch nicht, alle Autos mit Verbrennungsmotor durch solche mit
85 Elektromotor zu ersetzen. Der öffentliche Raum gehört allen, nicht nur den
86 Autofahrer*innen! Damit wir trotzdem mobil bleiben, muss gerade in den
87 Ballungszentren der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) massiv ausgebaut
88 werden. Um allen Menschen auch nachts einen sicheren, bequemen und
89 kostengünstigen Nachhauseweg zu ermöglichen, wollen wir ein Förderprogramm für

90 Nachtverkehrsverbindungen. Zudem streben wir mittelfristig einen komplett
91 ticketlosen ÖPNV an.

92 Gerade in großen Städten hat sich das Fahrrad inzwischen zu einem wichtigen
93 Fortbewegungsmittel entwickelt. Wir fordern deswegen den flächendeckenden Ausbau
94 der Radinfrastruktur: z.B. den Bau von Radschnellwegen und allgemein den Ausbau
95 des Radwegenetzwerkes, kostenlose Bike-Sharing-Angebote, sichere Rad-Stellplätze
96 und E-Bike-Ladestationen. Um das Radfahren zu erleichtern, muss auch der Bau von
97 Radstellplätzen gefördert werden sowie Fahrräder im ÖPNV und der Bahn kostenlos
98 mitgeführt werden dürfen.

99 Wichtig ist uns auch der Ausbau von E-Car-Sharing-Angeboten. Ebenfalls setzen
100 wir uns für P&R-Parkplätze an den Stadträndern ein. Außerdem fordern wir den
101 konsequenten Ausbau von Fußgängerzonen in den Innenstädten und Stadtteilzentren.

102 Klimaschutz fängt im Kleinen an, Städte vor Überhitzung schützen!

103 Mit diesen verkehrspolitischen Maßnahmen werden die Städte deutlich sauberer.
104 Doch auch dann sind sie in Zeiten des Klimawandels immer noch gefährdet, im
105 Sommer zu überhitzen. Gerade wenn sich Städte in Talkesseln befinden, wird die
106 Anzahl der Hitzetage (Tagesdurchschnittstemperatur über 30 °C) bis zum Ende des
107 Jahrhunderts deutlich zunehmen. Die effektivste Maßnahme dagegen ist die Anlage
108 von Grünflächen in der Stadt: Wir fordern deswegen Landesförderprogramme für die
109 Umwandlung von Parkplätzen in Grünanlagen und Urban-Gardening-Projekte, für
110 Begrünungsmaßnahmen an Gebäudewänden und -dächern sowie allgemein die Anlage von
111 Parks, kleinen Grünflächen, Blühflächen und Stadtbiotopen. Die oft
112 vorherrschenden Beton- und Asphaltwüsten sind ein Relikt des 20. Jahrhunderts!
113 Wir schaffen städtischen öffentlichen Lebensraum, der zum Klima- und Naturschutz
114 beiträgt, für alle kostenlos zugänglich ist und zum Verweilen einlädt.

115 Mit CO₂-Minderungskonzepten für jede Stadt, flächendeckenden Klimaschutz- und
116 Nachhaltigkeitsberichten und Klimaschutzkonzepten für die gesamte Region
117 entwickeln sich Städte in eine zukunftsfähige Richtung. Die GRÜNE JUGEND Bayern
118 fordert außerdem, dass in allen Städten Gebäudesanierung gefördert und
119 Passivhausbauweise zum Standard wird.

120 Schnelles Internet für alle und Freifunk ausbauen!

121 Nicht nur auf dem Land, auch in den Städten mangelt es noch immer an schnellem
122 Internet. Deswegen muss der Breitbandausbau in Bayern mit Glasfaserkabeln zu
123 allen Haushalten bis 2025 fertiggestellt sein. Die Freifunk-Initiative muss vom
124 Freistaat als gemeinnützig anerkannt und gefördert werden, um mehr kostenlose
125 WLAN-Zugänge für alle Menschen zu ermöglichen. Im ÖPNV muss es so schnell wie
126 möglich kostenloses WLAN geben, wenn möglich in Kooperation mit den Freifunk-
127 Initiativen.

128 Kultur für die Gesellschaft, nicht für den Profit!

129 Für viele Städte ist ihr kulturelles Angebot prägend. Neben den klassischen
130 Kulturangeboten wie Theater oder Konzerthäusern existiert oftmals auch eine rege
131 subkulturelle Szene, die gerade für junge Menschen sehr wichtig ist und als
132 Ankerpunkt für das soziale Leben in der Stadt fungiert.

133 Alternative und selbstverwaltete Jugendkultur muss deswegen genauso
134 selbstverständlich Fördermittel erhalten können, wie das bei Mainstream-

135 Kulturprojekten und etablierten Veranstaltungen der Fall ist. Dabei muss
136 sichergestellt sein, dass auch arme Menschen Zugang zu Kulturangeboten erhalten.
137 Niemand sollte aufgrund von Armut vom sozialen und kulturellen Leben in den
138 Städten ausgeschlossen werden! Wir fordern deswegen, dass in allen Städten
139 Sozial-Kulturtickets eingeführt werden.

140 Ebenfalls stehen die Städte und Gemeinden in der Verantwortung, Raum für
141 Jugendliche zu schaffen. Ob das nun der Bolzplatz um die Ecke ist, ein
142 Jugendzentrum, in dem Künstler*innen Raum finden, oder Probe- und Auftrittsräume
143 für junge Musiker*innen, ist zunächst zweitrangig. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt
144 sich für ein breit gefächertes Kulturangebot in den urbanen Zentren ein, in dem
145 alle Menschen ihre Nische finden und gerade auch junge Menschen sich selbst
146 verwirklichen können!

147 Drogenkonsumräume und Drug-Checking auch in Bayern!

148 Immer noch sterben in Bayern zu viele Menschen, weil Drogen kriminalisiert
149 werden und eine Prüfung der Substanzen auf Verunreinigungen oder gar eine
150 kontrollierte Abgabe deswegen unmöglich ist. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich
151 daher für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ein. Drogenkonsumräume
152 ermöglichen Akuthilfe bei einer lebensgefährlichen Überdosis, tragen zur
153 Vermeidung von Infektionskrankheiten durch unhygienische Bedingungen beim Konsum
154 bei und sind eine wichtige Möglichkeit, suchtkranke Menschen an weiterführende
155 Hilfsangebote zu vermitteln. Drogenkonsumräume sind damit eine wichtige
156 Ergänzung zu Suchtberatungsstellen und in Städten ein wichtiges
157 infrastrukturelles Angebot!

158 Gedenken an die Opfer, nicht die Täter!

159 In quasi jeder Stadt wird mit Straßennamen, Bauten oder Denkmälern an Menschen
160 aus der jeweiligen Stadtgeschichte gedacht. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehört
161 dazu auch ein umfassendes Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die
162 konsequente Entfernung von Straßennamen oder Denkmälern, die sich positiv auf
163 Täter*innen des Nationalsozialismus beziehen. Kein Täter*innengedenken in
164 bayerischen Städten!

165

166 Darüber hinaus sind in vielen bayerischen Städten Glorifizierungen und
167 Verharmlosungen der deutschen Kolonialgeschichte zu finden. Noch immer tragen
168 Straßen die Namen von Personen, die in den deutschen Kolonien für die Ermordung
169 und Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung verantwortlich waren. In den
170 letzten Jahren wurden zwar bereits einige Straßen umbenannt und andere mit
171 Hinweisschildern versehen, aber die Aufarbeitung hat hier gerade erst begonnen.
172 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die konsequente Umbenennung aller Straßen und
173 Plätze, die nach deutschen Kolonialverbrecher*innen benannt sind.

174 Gutes Leben in Stadt UND Land!

175 Junggrüne Politik ist Politik für alle Menschen. Ob in der Stadt, auf dem Land
176 oder dazwischen - wir stehen für ein gutes Leben unabhängig vom Wohnort. Von
177 Nahversorgung und Bildung mit kurzen Wegen, gut ausgebautem und mittelfristig
178 ticketlosem ÖPNV bis zu kulturellen Angeboten - all das muss für alle zugänglich
179 sein!

Begründung

Erfolgt mündlich.